

Einleitung: Das Weltbild nationalstaatlich begrenzter Ungleichheit zerfällt

Immer mehr Kinder in Deutschland wachsen in Armut auf. Millionen von Menschen riskieren auf der Flucht aus dem Elend der Heimatländer ihr Leben, um am vermuteten Reichtum westlicher Länder teilzuhaben. In Europa wie den USA, aber auch in China, Brasilien, Rußland und Indien, öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich.

Derartigen Nachrichten liegt ein Weltbild der Ungleichheit unter den Menschen zugrunde, das im Übergang zur modernen Gesellschaft entstanden ist und nun, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, im Zeitalter von Globalisierung und Klimawandel, in seinen Grundfesten erschüttert wird. Um diesen Wandel des Weltbildes zu verstehen, ist es nötig, ihn stichwortartig historisch zu verorten.

Aristoteles versuchte, den Ursprung der Ungleichheit aus der Annahme einer natürlichen Verschiedenwertigkeit der Menschen zu erklären. Dagegen wandte Rousseau scharfzüngig ein: Sind die Herrschenden mehr wert als ihre Untergebenen, »findet sich also die Kraft des Geistes, die Weisheit und die Tugend

stets in denselben Individuen, und zwar in direktem Verhältnis zu ihrer Macht und ihrem Reichtum?»

Die vormoderne Gesellschaftsordnung stand und fiel mit der Annahme, die Menschen seien von Natur ungleichwertig und der Ursprung der sozialen Ungleichheit sei in Gottes Willen zu suchen. Mit der aufklärerisch-revolutionären Forderung nach der natürlichen Gleichheit aller Menschen zerbrach dieses Weltbild. Damit setzten unsichere Zeiten ein! Wenn die Menschen von Natur nicht ungleich, sondern gleich sind, dann unterliegt die soziale Ungleichheit dem Wandel, dann können die Privilegierten von heute die Ausgestoßenen von morgen sein. Politisch heißt dies: Alle Ungleichheiten sind prinzipiell veränderbar und rechtfertigungspflichtig.

Allerdings erfuhr und erfährt dieses Prinzip seit dem 18. Jahrhundert in der Realität Europas und der USA immer nur innerhalb klarer Grenzen und mit charakteristischen Auslassungen seine Anwendung. Alle Menschen sind gleich – aber diese Gleichheit gilt nicht für Schwarze, Juden und Frauen, und sie endet vor allem an den Grenzen des Nationalstaates. Entsprechend mögen die sozialen Ungleichheiten jenseits des nationalen Gartenzaunes blühen

und gedeihen, das ist höchstens Anlaß moralischer Empörung, politisch jedoch irrelevant. Schließlich existiert eine eindeutige Trennung von Gesellschaft und Natur, und damit von sozialer und natürlicher Ungleichheit. Jene bedarf der politischen Rechtfertigung, diese nicht.

All diese Grenzprämissen werden heute fragwürdig. Die Überlagerung, man könnte auch sagen: der Zusammenprall wachsender globaler Gleichheitserwartungen (Menschenrechte) und wachsender globaler wie nationaler Ungleichheiten einerseits mit den radikal ungleichen Folgen des Klimawandels und Ressourcenverbrauchs andererseits kann schon bald dieses ganze Prämissengehäuse nationalstaatlich eingrenzbarer Ungleichheit hinwegfegen wie der Hurrikan *Katrina* die Armenhäuser von New Orleans. Das sind unsichere Zeiten!

Am Beginn des 21. Jahrhunderts erleben wir erneut einen epochalen Wandel, dieses Mal der modernen Welt- und Gesellschaftsordnung, der allerdings gerade erst im öffentlichen Bewußtsein anzukommen beginnt. Dies hängt wesentlich damit zusammen, daß wir diesen diskontinuierlichen Wandel der Koordinaten der Gegenwartsgesellschaft im Bezugsrahmen

des alten Weltbildes nationalstaatlich eingezäunter Gleichheit bzw. Ungleichheit zu begreifen versuchen und damit verkennen.^a

Was meint die soziologische Neuvermessung von Ungleichheit und Herrschaft? Zunächst wird sie sich weder auf die alten Institutionen noch auf die scheinbar ewigen Unterscheidungen – von Wir und die Anderen, national und international, Natur und Gesellschaft – verlassen können. Vielmehr muß die Neuvermessung von Ungleichheit im Zeitalter der Globalisierung und des Klimawandels entlang von drei Arten von Entgrenzungsprozessen erfolgen:

- (1) der Entgrenzung sozialer Gleichheit;
- (2) der Entgrenzung sozialer Ungleichheit;
- (3) dem Ende der Entgegensetzung von Natur und Gesellschaft.

Zum Schluß werde ich die (4) Frage aufgreifen: Was meint und wie wird eine kosmopolitische Erneuerung der Sozialwissenschaften möglich?

1. Soziale Gleichheit wird zu einer weltweiten Erwartung

Erste These: Zum Problem, zum Konfliktstoff werden soziale Ungleichheiten nicht, weil die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, sondern dann und nur dann, wenn sich anerkannte Gleichheitsnormen und Gleichheitserwartungen – Menschenrechte – ausbreiten. Wer die politische Wirksamkeit sozialer Ungleichheiten verstehen will, muß nach der Geschichte der sozialen Gleichheit fragen.

Es muß also klar zwischen der Realität sozialer Ungleichheit und dem politischen Problem sozialer Ungleichheit unterschieden werden. Zum politischen Skandal avancieren soziale Ungleichheiten also erst historisch relativ spät – und dann zunächst in einem charakteristischen Widerspruch: Alle Menschen sind zugleich gleich und nicht gleich entlang nationaler Grenzen. Nationale Grenzen wirken als Wasserscheiden der Wahrnehmung: Sie machen soziale Ungleichheiten zum Politikum – nach innen – und produzieren, stabilisieren, legitimieren sie zugleich – nach außen. Unter welchen Bedingungen wird dieses Weltbild brüchig?

Brutale Ironie: Die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen in der Weltgesellschaft nimmt die Form eines Champagnerglases an.^b Auf die 900 Millionen Menschen, privilegiert durch die Gnade der westlichen Geburt, entfallen 86 Prozent des Weltkonsums, sie verbrauchen 58 Prozent der Weltenergie und verfügen über 79 Prozent des Welteinkommens sowie 74 Prozent aller Telefonverbindungen. Auf das ärmste Fünftel, 1,2 Milliarden der Weltbevölkerung, entfallen 1,3 Prozent des globalen Konsums, 4 Prozent der Energie und 1,5 Prozent aller Telefonverbindungen. Leicht erklärlich ist, warum sich die Reichen in ihrem Wohlstand sonnen. Wie aber ist es möglich, daß die beherrschten Armen dies hinnehmen? Max Weber hat bekanntlich die Stabilität der Ungleichheits- und Herrschaftsordnung an die Legitimationsfrage gebunden. Welcher »Legitimitätsglaube« garantiert das Einverständnis der global Armen und Ausgeschlossenen mit der Ungleichheit der Weltgesellschaft, in der die Hälfte der Weltbevölkerung – die Mehrheit der Kinder – hungert? Dem Fünftel der Weltbevölkerung, dem es am schlechtesten geht (sie haben zusammen weniger Geld als der reichste Mensch der Welt), mangelt es an allem: Nahrungsmitteln,

sauberem Trinkwasser und einem Dach über dem Kopf. Was also macht diese *globale* Ungleichheitsordnung legitim und stabil? Wie wird es möglich, daß die europäischen Wohlstandsgesellschaften in ihrem Inneren aufwendige finanzielle Transfersysteme auf der Grundlage nationaler Armut- und Bedürftigkeitskriterien organisieren, während ein Großteil der Weltbevölkerung täglich vom Verhungern bedroht ist?

Meine Antwort lautet: Das Leistungsprinzip legitimiert *nationale* Ungleichheit, das Nationalstaatsprinzip legitimiert *globale* Ungleichheit (in anderer Form).
Wie?

Erstens: Nationale Grenzen trennen scharf zwischen *politisch relevanter und irrelevanter* Ungleichheit. Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften werden in der Wahrnehmung enorm vergrößert; gleichzeitig werden Ungleichheiten zwischen nationalen Gesellschaften ausgeblendet. Die »Legitimation« globaler Ungleichheiten beruht also auf institutionalisiertem Wegsehen. Der nationale Blick »befreit« vom Blick auf das Elend der Welt. Er operiert mittels einer doppelten Exklusion: Er exkludiert die Exkludierten. Und daran ist die Ungleichheits-

soziologie, die Ungleichheit mit nationalstaatlicher Ungleichheit gleichsetzt, unreflektiert beteiligt. Es ist schon erstaunlich, wie stabil die globalen Ungleichheiten aufgrund des stillen Einverständnisses zwischen der nationalstaatlichen Herrschaft und der nationalstaatlich programmierten Soziologie – unter deren Anspruch auf wissenschaftliche Wertfreiheit! – »legitimiert« werden.

Zweitens: Weil es keine globalstaatliche Zuständigkeit und Beobachtungsinstanz gibt, zerfallen globale Ungleichheiten in circa 200 Inseln nationalstaatlicher Ungleichheiten.

Dies führt zu dem dritten Prinzip, wonach die Ungleichheiten zwischen Ländern, Regionen und Staaten als politisch unvergleichbar gelten. Im nationalstaatlich begrenzten Blick können politisch relevante Vergleiche nur binnennational, nie zwischennational ausgespielt werden. Solche Vergleiche, die Ungleichheit politisch brisant machen, setzen nationale Gleichheitsnormen voraus. Deshalb gewinnen selbst massive Einkommensunterschiede zwischen Personen gleicher Qualifikation, aber unterschiedlicher Staatsangehörigkeit erst dann politische Brisanz, wenn sie auf einen Wahrnehmungshorizont gemein-

samer Gleichheit bezogen werden. Ein derartiger gemeinsamer Rahmen ergibt sich erst dann, wenn die Personen derselben Nation oder dem Staatenbund der EU angehören oder in demselben Konzern, wenn auch in unterschiedlichen nationalen Zweigniederlassungen, beschäftigt sind.

Genau aber das ist es, was der nationale Blick ausblendet: Je mehr Gleichheitsnormen sich weltweit ausbreiten, desto mehr wird der globalen Ungleichheit die Legitimationsgrundlage des institutionalisierten Wegsehens entzogen. Die reichen Demokratien tragen die Fahne der Menschenrechte in die letzten Winkel der Erde, ohne zu bemerken, daß auf diese Weise die nationalen Grenzbefestigungen, mit denen sie die Migrantenströme abwehren wollen, ihre Legitimationsgrundlage verlieren. Viele Migranten nehmen die verkündete Gleichheit als Menschenrecht auf Mobilität ernst und treffen auf Länder und Staaten, die – gerade unter dem Eindruck zunehmender Ungleichheiten im Inneren – die Norm der Gleichheit an ihren bewaffneten Grenzen enden lassen wollen.

2. Kritik des »methodologischen Nationalismus«: Soziale Ungleichheit kann nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen begriffen werden

Zweite These: Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit in Alltag, Politik und Wissenschaft beruht auf einem Weltbild, das territoriale, politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Grenzen in eins setzt. Tatsächlich aber wird die Welt immer vernetzter. Territoriale, staatliche, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Grenzen bestehen zwar weiterhin, aber sie koexistieren nicht mehr! Diese empirisch gut belegte Zunahme von Verflechtungen und Interaktionen über nationale Grenzen hinweg^c erzwingt die Neuvermessung sozialer Ungleichheit.

In der Ungleichheitssoziologie ist alles in Frage gestellt worden – Klassen, Schichten, Lebensstile, Milieus, Individualisierung usw. –, nicht aber der Territorialbezug, die Schollenbindung, die nationalstaatliche Rahmung sozialer Ungleichheit. Anders gewendet heißt das: Das Weltbild der sozialen Ungleichheit beruht auf den Prinzipien von Nationalität und Staatlichkeit, ohne daß dies in der Soziolo-

gie bis heute (angemessen) thematisiert wurde oder wird. Die meisten Klassentheoretiker, einschließlich Bourdieu, der so extensiv über Globalisierung in seinen letzten Jahren nachgedacht hat, identifizieren die Klassengesellschaft mit dem Nationalstaat. Dasselbe gilt für Wallerstein^d, Goldthorpe, für fast alle nichtklassentheoretischen Ungleichheitssoziologen. Übrigens auch für meine Individualisierungstheorie sozialer Ungleichheit.

Um die Reichweite dieser Hintergrundannahme auszuleuchten, ist es sinnvoll, zwischen Fragen *erster Ordnung* und Fragen *zweiter Ordnung* zu unterscheiden: Fragen erster Ordnung beziehen sich auf »Was-Fragen« sozialer Ungleichheit, Fragen zweiter Ordnung auf »Wer-Fragen«. Fragen erster Ordnung thematisieren die materielle Verteilung von Chancen und Pflichten, Ressourcen und Risiken, also Einkommen, Bildung, Besitz usw. Sie setzen die Antwort auf die nichtgestellten Fragen zweiter Ordnung voraus, nämlich auf die Fragen: *Wer* ist ungleich? Welche (Bezugs-)Einheit geht den sozialen Ungleichheiten voraus? Welches ist die angemessene Rahmung, in der die Fragen erster Ordnung aufgeworfen und po-

litisch sowie soziologisch beantwortet werden können? Es ist die Kongruenz von politischem Status (nationaler Mitgliedschaft, Paß) und sozioökonomischem Status (Stellung in der nationalstaatlichen Ungleichheitshierarchie), die stillschweigend bei der Ungleichheitsanalyse bis heute vorausgesetzt wird. Sozialforscher verstehen und analysieren ihren Gegenstand vom Standpunkt einer nationalen Wirtschaftssoziologie. Ungleichheitsgegensätze setzen nationalstaatliche Gleichheitsnormen ebenso voraus wie die Exklusion der nichtnationalen Anderen. Dieses Paradigma, das politischen und sozioökonomischen Status unreflektiert in eins setzt, nenne ich »methodologischen Nationalismus«.

Erst der kosmopolitische Blick deckt auf, daß die Meta-Prinzipien von Staat, Nationalität und Ethnizität die Bezugseinheit bilden, innerhalb deren die materielle Verteilung von Ressourcen konfliktvoll ausgehandelt wird. Der sozialwissenschaftliche Blick, im Banne des methodologischen Nationalismus, kann gar nicht sehen, daß die Verbindung von Nationalität und Territorialität vorgängig die soziale Position von Individuen und Gruppen im Weltmaßstab festlegt – und das ist die eigentliche Dimension

der Ungleichheit! Dem erwerbbaeren Status innerhalb eines national-territorialen Rahmens geht ein zugewiesener, gleichsam ständisch-politischer Status der Herkunftsnation im internationalen System voraus (z.B. gemäß der Unterscheidung von Zentrum und Peripherie).

Anders gesagt: Der methodologische Nationalismus beruht auf einer doppelten Kongruenzannahme: einerseits der Kongruenz von territorialen, politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Grenzen; andererseits der Kongruenz von Akteurperspektive und sozialwissenschaftlicher Beobachterperspektive. Die Prämisse des normativ-politischen Nationalismus der Akteure wird unreflektiert zur Prämisse der sozialwissenschaftlichen Beobachterperspektive. Beide Kongruenzannahmen bestärken sich wechselseitig.

Der historische Trend verläuft genau in die Gegenrichtung: Territoriale, staatliche, ökonomische, gesellschaftliche Grenzen existieren zwar fort, aber sie koexistieren nicht mehr!

Der notwendige Perspektivwechsel kann auf drei Einsichten aufbauen:

- Soziale Klassen sind nur eine der historischen Formen von Ungleichheit;
- der Nationalstaat ist nur einer der historischen Deutungsrahmen;
- »das Ende der nationalen Klassengesellschaft« bedeutet nicht »das Ende der sozialen Ungleichheit«, ganz im Gegenteil verschärft sich dadurch die Ungleichheit im nationalen wie transnationalen Raum.

Wir erleben heute eine Art Wiederholung des Prozesses, der Max Weber vor Augen stand, als er die Ursprünge des modernen Kapitalismus analysierte. Mit dem Unterschied, daß dieser Prozeß sich jetzt in globalem Maßstab vollzieht. Weber sagte, wir müssen die Trennung von Familienhaushalt und kapitalistischem Betrieb betrachten – mit anderen Worten: die Emanzipation der ökonomischen Interessen. Gegenwärtig erleben wir die Emanzipation der ökonomischen Interessen von den nationalen Bindungen und Kontrollinstitutionen. Das bedeutet die *Trennung von Herrschaft und Politik*.

Dem sich herausbildenden Nationalstaat gelang es, die Politik- und Herrschaftsinstitutionen zu ent-

wickeln, mit denen sich die sozialen und kulturellen Schäden des modernen Industriekapitalismus begrenzen ließen. Das geschah innerhalb der territorialen Grenzen des Nationalstaates und war eine Art Ehe zwischen Herrschaft und Politik, die jetzt in einer Scheidung endet. Entsprechend wird die Herrschaft, verwandelt in diffuse Macht, teilweise in den Cyberspace, in Märkte und mobiles Kapital ausgelagert, teilweise auf die Individuen abgewälzt, die die entstehenden Risiken allein bewältigen müssen. Und gegenwärtig ist kein Äquivalent des souveränen Nationalstaates in Sicht.

Wodurch wird in einer Welt, in der die nationalen Grenzen – zumindest für Kapital- und Informationsströme – durchlässig geworden sind, die Stellung im System sozialer Ungleichheit bestimmt? Interessanterweise wesentlich durch die Antwort auf genau diese Entgrenzung. Entsprechend muß zwischen aktiver und passiver Entgrenzung, aktiver und passiver Transnationalisierung von Personen, Bevölkerungsgruppen oder ganzen Ländern unterschieden werden. Zum wichtigsten Einflußfaktor, der über die Position in der Ungleichheitshierarchie im globalen Zeitalter entscheidet, sind die Möglichkeiten oder

Chancen zu grenzenüberschreitender Interaktion und Mobilität geworden. Dazu gehören Ressourcen aller Art – Pässe, Bildungspatente, Sprachen, Geld, also kulturelles, soziales und ökonomisches Kapital. Ebenso die länderspezifischen Einwanderungspolitiken: Nach welchen Kriterien (der Öffnung oder Schließung) richten die Länder im internationalen Wettbewerb um Humankapital ihre Migrationspolitik aus?

Ersetzt man den nationalen Blickwinkel durch einen transnationalen Blickwinkel, ergibt sich ein vollkommen anderes Bild der grenzenüberschreitenden Ungleichheitsdynamik: Auf der einen Seite finden sich die Aufsteiger, die »aktiven Transnationalisierer«. Zu ihnen gehören ganz unterschiedliche Gruppen: die globalen Eliten, die nicht mehr nur in Kategorien nationaler Räume denken und handeln; große Teile der jüngeren Generation (quer zu Bildungsabschlüssen), die bewußt transnational leben, entsprechend mobil sind, internationale Bildungspatente erwerben, Freundschaftsnetzwerke knüpfen und auf diese Weise ihr »Beziehungskapital« vermehren; schließlich Migranten, die die Chancen der Globalisierung nutzen, z.B. indem sie den Familienverband als sozia-

le Ressource einsetzen. Auf der anderen Seite dieser neuen Spaltung steht die abstiegsängstliche globale Mitte, die Transnationalisierung passiv erleidet: die äußerst heterogene Mehrheit derjenigen, die ihre materielle Existenz territorial definieren und angesichts der Bedrohung ihres Lebensstandards auf die Stärkung territorialer Grenzen und die Schärfung nationaler Identität pochen, den Schutz des Staates einklagend. Die unsicheren Zeiten zeigen hier ihr neonationales Gesicht: Der Haß auf »die Anderen«, auf Ausländer, Juden und Muslime, wächst.

Ehrlich gesagt: Was die abstürzende Mitte besänftigen soll – das Zwillingsargument: Globalisierung ist unser Schicksal, Protektionismus ist kontraproduktiv –, tröstet, rettet niemanden. Der Wähler ist kein Masochist. Er wählt nicht die Partei, die seinen Abstieg verspricht. Ohne die Zustimmung der nationalen Mitte weltweit jedoch verliert eine Politik, die die internationale Integration wahren oder sogar ausbauen will, die Machtgrundlage.

Daß das nicht das ganze Bild ist, zeigen Steffen Mau u.a.⁶ Sie haben die Hypothese – aktive Transnationalisierung (Interaktion über Grenzen hinweg) ist eine Quelle für kosmopolitische Einstellungen – im Hin-

blick auf die deutsche Bevölkerung im Jahre 2006 empirisch getestet. Ergebnis: Personen mit grenzüberschreitenden Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten entwickeln mit größerer Wahrscheinlichkeit kosmopolitische Einstellungen gegenüber Fremden. Anders gesagt: Erfahrene globale Interdependenzen und aktive Interaktion über Grenzen hinweg begünstigen die Bereitschaft und Fähigkeit, die Perspektive der Anderen einzunehmen. Die Fixierung auf den Nationalstaat lockert sich.